

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 411

15. März 25
34. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Die Linke: Alltagsprobleme der Menschen unberücksichtigt

13. März im Bundestag: Das 1-Billion-Schuldenpaket von CDU und SPD wurde in erster Lesung verhandelt. Die Linke will die Schuldenbremse abschaffen, ist aber auch zu einer Reform grundlegend bereit.

Am 13. März debattierte der „alte“ Bundestag über das Finanzpaket von CDU und SPD in erster Lesung. Dabei geht es um ein 500-Milliarden-Euro schweres Schuldenpaket für die Rüstung und nochmal 500-Milliarden-Euro für die Infrastruktur.

Heidi Reichinnek, Co-Fraktionschefin der LINKEN im Bundestag erklärte in ihrer Rede: „Diese Wochen in der Politik sind an Absurdität kaum zu überbieten“. „Ein abgewählter

Bundestag kommt in Windeseile zusammen um noch schnell eine Grundgesetzänderung durchzupfeitschen, weil der neuen Regierung das Wahlergebnis nicht passt. Und nicht etwa, um (auch) die Alltagsprobleme der Bevölkerung anzugehen, sondern einzig und allein für einen Blankoscheck unbegrenzter Militarisierung.“

Reichinnek sprach Friedrich Merz direkt an: „Sie haben doch im Wahlkampf überall erzählt, dass wir kein Geld haben. Kein Geld für sozialen Wohnungsbau, kein Geld für Familien, kein Geld für Gesundheit. Um genau zu sein: Kein Geld, um das Leben der Menschen besser zu machen. Und ich weiß, was Sie jetzt sagen: 500 Milliarden für Infrastruktur wollen Sie ja auch.“

Zitate von Friedrich Merz aus zwei Talkshows vor der Wahl:

„Wir haben zurzeit 4 Millionen Menschen im so genannten Bürgergeld.“

„Die Kindergrundsicherung ist von Anfang an falsch konzipiert. Und da lässt sich eine ganze Menge Geld sparen.“

„Ein Billion Euro - Damit Ihr mal eine Vorstellung davon habt:

1 Billion Sekunden, das sind über 31.000 Jahre. Damals haben auf der Welt noch die Neanderthaler gelebt.“

Heidi Reichinnek auf Instagram

Aber im Gesetzestext steht nichts außer „Investitionen in die Infrastruktur“. Ob es jetzt wirklich in Schulen, Schienen, Kitas, Krankenhäuser geht oder ob einfach wichtige Straßen so verstärkt werden, dass einfach wichtiges militärisches Gerät von A nach B kommt, das wissen wir einfach nicht.“

Die Position der LINKEN sei deutlich: „Es braucht eine demokratische Legitimation der Schuldenbremse und zwar im neuen Bundestag. Unsere Bereitschaft dazu haben wir den demokratischen Fraktionen im Bundestag mehrfach signalisiert. Als LINKE wollen wir die Schuldenbremse zwar abschaffen, sind aber auch für eine Reform grundlegend bereit.“

Am 14. März wies das Bundesverfassungsgericht den Eilantrag der LINKEN



Heidi Reichinnek auf Instagram



Herr Merz

Der mögliche nächste Kanzler Friedrich Merz ignorierte geflüstert die Ausführungen von Heidi Reichinnek während der Bundestagsdebatte am 13. März.

zurück: Der „alte“ Bundestag sei noch voll handlungsfähig und könne deshalb Entscheidungen treffen bis sich ein neuer konstituiert hat.

Am 14. März einigten sich CDU und SPD mit den Grünen auf die Schuldenausgaben. Nun sollen 500 Milliarden Euro für die „Infrastruktur“ auf 12 Jahre verteilt werden, also 42 Milliarden pro Jahr. Vom Gesamtbetrag sollen 100 Milliarden für Klimaschutz und 100 Milliarden für die Bundesländer reserviert sein. Damit ist eine Zustimmung des Bundestages am 18. März wahrscheinlich. bc

nächste Online-Ausgabe am 16. März

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.